

Mitteilung des Senats vom 6. April 2010**Keine Entscheidungen über die Einleitung salzhaltiger Abwässer der Kali-Industrie ohne alle Anrainer der Flussgebietsgemeinschaft Weser**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 41. Sitzung am 19. März 2009 zum Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP vom 17. März 2009 den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa gebeten, „alle Möglichkeiten zu prüfen, gegen den Vertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und der K+S Kali GmbH vorzugehen und der Bürgerschaft zu berichten.“

Der Senat berichtet wie folgt:

Zum derzeitigen Zeitpunkt sieht der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa keinen rechtlichen Handlungsbedarf bzw. keine rechtliche Handlungsmöglichkeit, gegen den Vertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und K+S Kali GmbH vorzugehen.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen Gesamtrahmen für eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen beinhaltet ein Konzept, das K+S diesen beiden Weser-Anrainerländern zur Reduzierung der Salzbelastung vorgelegt hat.

In einer Protokollerklärung wurde festgelegt, dass die Vertragsparteien sich darin einig sind, dass der Runde Tisch, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Anrainerkommunen, Umwelt- und Fischereiverbänden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer gemeinsam mit dem Unternehmen K+S und den Bundesländern Thüringen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen sowie dem Bundesumweltministerium vertreten waren, über die Abstimmung der Gesamtstrategie der Vereinbarung und über die Abstimmung des integrierten Maßnahmenkonzepts informiert wird und Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Die Information des Runden Tisches über die Abstimmung der Gesamtstrategie erfolgt innerhalb der Frist der Vereinbarung. Die Vertragsparteien werden die jeweiligen Stellungnahmen des Runden Tisches in ihre Abwägung einbeziehen.

Zum integrierten Maßnahmenprogramm hat der „Runde Tisch“ am 7. Juli 2009 Stellung bezogen und weitere Präzisierung gefordert.

Die Vereinbarung zwischen den Ländern Hessen und Thüringen und K+S enthält keine abschließenden Regelungen, die in die Rechte des Landes Bremen eingreifen. Bei dem Erlass der erforderlichen Genehmigungen/Erlaubnisse für die Einleitung in die Werra/Fliede müsste erneut geprüft werden, ob und inwieweit die Wasserbehörde oder andere Behörden des Landes Bremen zu beteiligen sind.

Darüber hinaus ist das Land Bremen über den „Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ in die Entwicklung einer Gesamtstrategie einbezogen.

Der Runde Tisch hat seine Arbeit fortgesetzt und auf seiner 16. und letzten Sitzung eine zusammenfassende Empfehlung mit großer Mehrheit verabschiedet. Er empfiehlt eine umfassende Systemlösung, die sich aus Maßnahmen zur Verminderung und Verwertung von Produktionsabfällen durch weitere Optimierung des Betriebs, aus Maßnahmen zur lokalen und überlokalen Entsorgung unvermeidbarer Abfälle und aus weiteren Prüfaufträgen zusammensetzt. Im Einzelnen führt er aus:

- „1. Der RUNDE TISCH empfiehlt, alle Maßnahmen zur nachhaltigen Entsorgung so zu gestalten, dass Arbeitsplätze und Produktion dauerhaft gesichert und die Gewässer (Werra, Weser, Grundwasser) bestmöglich entlastet werden.“

2. Der RUNDE TISCH empfiehlt, die lokale Entsorgung des unvermeidbaren Salzabwassers aus der Kaliproduktion und von den Halden durch Einleitung in die Werra und durch Versenkung in den Untergrund schnellstmöglich, spätestens ab 2020, vollständig einzustellen.
3. Der RUNDE TISCH empfiehlt, die für den Standort Werra zurzeit verfügbaren technischen Potenziale zur effektiven Vermeidung und Verwertung von Reststoffen der Kaliproduktion baldmöglichst umzusetzen, um hierdurch das anfallende Salzabwasser um ca. 50 % zu verringern. Bis spätestens 2015 sollten die folgenden technischen Maßnahmen in Betrieb genommen sein:
 - Laugentiefkühlanlage am Standort Hattorf,
 - Weiterentwicklung der Kieseritflotation am Standort Wintershall,
 - ESTA®-Anlage am Standort Hattorf,
 - Eindampfanlage am Standort Unterbreizbach.
4. Der RUNDE TISCH hält es für erforderlich, dass K+S weiterhin den jeweiligen Stand der Technik zur Vermeidung und Verwertung von Reststoffen der Kaliproduktion prüft und bei Anwendbarkeit unverzüglich umsetzt, um die Ausbeute des Wertstoffgehaltes aus dem Rohstoff der Lagerstätte zu erhöhen, die Salzabwassermenge zu reduzieren, die Nutzung der Hohlräume unter Tage zu optimieren und die Menge des zu entsorgenden festen Abfalls – und damit auch das Wachstum der Halden und die Menge des Haldenwassers – zu verringern.
5. Der RUNDE TISCH empfiehlt, die Entsorgung des nach Umsetzung dieser Maßnahmen weiter anfallenden Salzabwassers durch den Bau einer Fernleitung an einen ökologisch verträglichen Einleitungspunkt im Bereich der Nordsee sicherzustellen und damit Oberflächen- und Grundwasser nachhaltig zu entlasten. K+S sollte unverzüglich mit der Planung einer Fernleitung beginnen und ein umsetzbares Konzept bis Ende 2010 vorlegen. Aufgabe der beteiligten Länder sollte es sein, für die rechtliche und politische Umsetzbarkeit des Konzepts und für ein zügiges Genehmigungsverfahren über Ländergrenzen hinweg Sorge zu tragen.
6. Für die Übergangszeit bis zur vollständigen Einstellung von Einleitung und Versenkung von Salzabwasser aus der Kaliproduktion und von den Halden und bis zum Funktionieren der Fernleitung spätestens 2020 empfiehlt der RUNDE TISCH, im Zusammenwirken von K+S und den Ländern alle technischen und rechtlichen Möglichkeiten für eine schrittweise Verringerung der Einleitung in die Werra und der Versenkung zu nutzen. Die von K+S für die weitere Nutzung des Untergrundes entwickelte Neue Integrierte Salzabwassersteuerung (NIS) sollte fortentwickelt und daraufhin überprüft werden, welchen übergangsweisen Beitrag sie zur Verbesserung der Gewässerqualität bis zum Funktionieren der Fernleitung leisten kann.
7. Der RUNDE TISCH gründet seine Empfehlung auf die mehrheitlich akzeptierten fachlichen Erörterungen und verfolgt die Umsetzung des Szenario III (betriebliche Optimierung und Fernleitung Richtung Nordsee), dessen Voraussetzungen und Wirkungen umfassend geprüft wurden und das die dauerhafte Verbesserung der Gewässerqualität von Werra und Weser und des Grundwassers sichert.
8. Der RUNDE TISCH empfiehlt, die Länder Thüringen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen, der Bund und das Unternehmen K+S mögen zur Sicherung des Vertrauens in den Willen zur langfristigen Problemlösung baldmöglichst ein starkes Zeichen dafür setzen, dass sie der Empfehlung des RUNDEN TISCHES zu folgen bereit sind.

...“

Abgesehen davon, dass er derzeit keinen rechtlichen Handlungsbedarf bzw. keine rechtliche Handlungsmöglichkeit im oben erwähnten Sinne sieht, hält der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa an seiner Auffassung fest, dass

- die zurzeit verfügbaren technischen Potenziale zur effektiven Vermeidung und Verwertung von Reststoffen der Kaliproduktion baldmöglichst umgesetzt werden sollen,
- der jeweilige Stand der Technik zur Vermeidung und Verwertung von Reststoffen der Kaliproduktion weiterhin geprüft wird und bei Anwendbarkeit unverzüglich umgesetzt werden soll und
- die Entsorgung des nach Umsetzung dieser Maßnahmen weiter anfallenden Salzabwassers durch den Bau einer Fernleitung an einen ökologisch verträglichen Einleitungspunkt im Bereich der Nordsee sichergestellt werden soll.